
FORUM: Gewerkschaften und Sozialdemokratie



Thomas Meyer: Die Zukunft einer ehrwürdigen Beziehung

Prof. Dr. Thomas Meyer, geb. 1943 in Leipzig, Studium der Philosophie und Politikwissenschaft in Frankfurt a.M., ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dortmund und wiss. Leiter der Akademie der Politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

In Deutschland waren die Gewerkschaften, im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, Organisationen, die vom politischen Arm der Arbeiterbewegung, der sozialdemokratischen Partei, ins Leben gerufen, geformt, mit einem Auftrag versehen und lange Zeit auch dominiert wurden. In der Vorstellungswelt dieser Ursprungszeit galten die Ziele beider als identisch. Es ging um die Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und ihre Ersetzung durch eine neue, sozialistische Gesellschaft, in der die Probleme prinzipiell überwunden sein würden, die in der Gegenwart Gewerkschaften überhaupt nötig machten. Das strategische Kommando über die ganze Bewegung musste die politische Partei inne haben, weil sie allein, fundiert durch die großen Theorien und befähigt zum Ergreifen der ganzen Macht, über den Weitblick und die Mittel verfügte, das gemeinsame Endziel zu erreichen.

Die Gewerkschaften sollten in diesem strategischen Kampf unter der Vormundschaft der politischen Partei zwei bloß taktische Ziele verfolgen: zum einen, die unmittelbare Not der arbeitenden Klassen lindern; zum anderen, als Vorschule für die Ausbildung jenes sozialistischen Bewusstseins wirken, das allein in der Lage war, das Endziel zu erkennen und den Kampf für seine Erreichung aufzunehmen. In anderen Ländern, etwa Großbritannien, waren es hingegen die Gewerkschaften, die den Kampf um soziale Gerechtigkeit begannen und, nachdem sie schon längere Zeit erfolgreich gewirkt hatten, die Gründung einer politischen Partei in Angriff nahmen, die die großen politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sollten, auf die die Gewerkschaften ihrem Funktionszweck und ihrer Funktionsweise gemäß selbst stets nur begrenzten Einfluss haben konnten.

Wie auch immer der ursprüngliche Gründungszusammenhang beschaffen sein mochte, ob Parteien Gewerkschaften oder Gewerkschaften Parteien gründeten, überall stand außer Zweifel, dass die Interessen, die allgemeinen Ziele, die Gewerkschaften und politische Partei unterstützten, übereinstimmten. Worum es allein ging, war das genaue Verständnis der Arbeitsteilung zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften, die sich je nach der Radikalität der Zielsetzung und dem Kräfteverhältnis beider Organisationen in der

Gesellschaft erheblich unterschied. In Deutschland wollten beide eine sozial gerechte Gesellschaft der Freien und Gleichen erkämpfen und meinten, mit den Mitteln der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Wirtschaftsplanung über die Instrumente zu verfügen, die die Erreichung ihres Zieles sicher verbürgten. Worum es im gemeinsamen Kampf letzten Endes ging, war allein noch die Schaffung des der historischen Aufgabe angemessenen gesellschaftlichen Bewusstseins und die Erringung der politische Macht .

Der allmähliche Verlust der gemeinsamen Utopie

Die historische Entwicklung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Deutschland ist bekannt. Vom Mannheimer Abkommen 1906, in dem die Entscheidungsautonomie der Gewerkschaften gegenüber der Partei vereinbart wurde, über die Schaffung der Einheitsgewerkschaft nach den Erfahrungen mit Totalitarismus und Weltkrieg führt ein langer Weg in die diffuse, schwer zu überschauende Gegenwart von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in der Mediendemokratie. Die Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik verstand sich immer als politisch profiliert und engagiert, aber parteipolitisch unabhängig. Obgleich in ihren Reihen bis hinein in die Führungsetagen des DGB und vieler Einzelgewerkschaften immer auch Mitglieder anderer politischer Parteien repräsentiert und aktiv waren, gab es doch zur Sozialdemokratie ein letztlich von allen respektiertes Sonderverhältnis, das irgendwie auch immer vom offenen oder verschwiegenen Bewusstsein der gemeinsamen Utopie lebte.

Der geschlossene utopische Entwurf einer Gesellschaft ohne Klassen und ohne Ausbeutung war in beiden Organisationen indessen schon seit den zwanziger Jahren zu den Akten gelegt worden. Doch blieb, bis vor kurzem, möchte man sagen, die Vorstellung einer grundlegenden Erneuerung der Gesellschaft lebendig und wurde bis zum Ende der achtziger Jahre zumindest in den programmatischen Selbstbekenntnissen beider Organisationen auch ernsthaft verfolgt. Das etwas abgemagerte, aber noch immer attraktive Leitbild hieß nun Wirtschaftsdemokratie. Paritätische Mitbestimmung in Unternehmungen, Betriebsverfassungsgesetz, Tarifautonomie, in der starke Gewerkschaften die Rechte der Arbeitnehmer wirkungsvoll durchsetzen, verbunden mit politischer Rahmensetzung und Regulierung für die Entwicklung der Volkswirtschaft durch einen Staat, der dafür umso mehr sorgen konnte, je gewichtiger die Rolle der Sozialdemokratie in ihm war, bildeten nun die gemeinsame Grundlage für den gewerkschaftlich-politischen Bund, der alle Konflikte, Rangeleien und Missverständnisse des Tages, erst recht jeden Anflug von gegenseitigem Misstrauen ertrug. In den neunziger Jahren nun hat sich die Situation gründlich gewandelt.

Die Erben der Arbeiterbewegung in der individualisierten Mediengesellschaft

Die Schocks der Globalisierungsdebatte und die Wirkungen der Neuen Ökonomie im Zeitalter einer real doch zumindest neuartigen Transnationalisierung vieler Märkte haben die Reste der sozialistischen Utopie wie in einem Säurebad zersetzt. Der offensive Anspruch der großen Veränderung ist in die prinzipielle Defensive des Retten-was-zu-retten-ist umgeschlagen. Das gilt für Sozialstaat und Arbeitsrecht ebenso wie für den Verantwortungsanspruch der Politik gegenüber einer sich abermals als Schicksal aufspielenden Ökonomie. Die

tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen der Werte und Interessen sind unverhüllter sichtbar und wirksam, seit der aus der globalen Rivalität der ideologisch geprägten Blöcke von Ost und West hervorgebrachte Zwang erloschen ist, den je eigenen Herrschaftsanspruch mit einem großen moralisch-politischen Wurf zu legitimieren. Und: In der Mediendemokratie, in die die Parteiendemokratien des Westens seither in raschen Schüben hinübergleiteten, rangiert die Kunst der Darstellung alle Mal vor großen Würfeln oder der Begründung der Legitimität von Interessen. Die Arena, in der heute beide, Gewerkschaften und Sozialdemokratie, agieren, hat sich von Grund auf gewandelt. Das gilt für alle drei zentralen Dimensionen: die Perspektiven ökonomischen Handelns, die sozialen Werte und Interessen und die Bedingungen kommunikativer Verständigung über beide. Alle drei Faktoren des Wandels haben zu einer historischen Ernüchterung im Verhältnis beider zueinander geführt, der Zauber der verschwiegenen Gemeinsamkeit ist verfliegen, das geheime Wissen, dass beide das Zeichen der historischen Auserwählung auf der Stirn trügen, ist wertlos geworden. Dass beide Organisationen in der veränderten Situation vor ähnlichen neuen Problemen stehen, treibt sie paradoxerweise nur noch weiter auseinander, weil Globalisierung, Individualisierung und Mediatisierung von beiden höchst unterschiedliche Antworten verlangen, wenn sie sich selbst behaupten wollen.

Es ist zwar zutreffend, dass die Überhöhung der ökonomischen Globalisierung zu einem Mythos, wie wir es in den europäischen Ländern seit den achtziger Jahren erleben, auch die Funktion einer klassischen Ideologie hat. In deutlichem Maße über den wirklichen Sachverhalt hinaus wird die Weltmarktverflechtung als Begründung für die Relativierung des Sozialstaates, die Abwehr von Arbeitnehmerinteressen, die Schwächung gewerkschaftlicher Vertretungsmacht und die Entlegitimierung sozialreformerischer Projekte genutzt. Es gibt darüberhinaus eben aber auch unleugbar eine Realität der Globalisierung, die transnationale Erweiterung der Geld- und Kapital- sowie einer Reihe von Güter- und Dienstleistungsmärkten.

Während es nun für die Gewerkschaften gerade in der – teilweise - globalisierten Ökonomie aus der Organisationsperspektive im Ganzen gesehen weiterhin eine rationale Handlungsstrategie bleibt, errungene Arbeitsplätze, Rechte, Einkommensgarantien und Schutzbestimmungen zu verteidigen, denn sie werden ja ausschließlich durch die Interessen ihrer Mitglieder legitimiert, wird die Sozialdemokratie eher in Richtung Flexibilisierung der Arbeitsmärkte gedrängt, denn sie muss sich ja gegenüber der Öffentlichkeit und der Wählerschaft im Ganzen behaupten. Im Übrigen kann ein sozial vernünftiges Maß an Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, das neuen Gruppen Zugang zu ihnen verschafft, wenn auch unter der Bedingung der Verringerung der Privilegien von gegenwärtigen Arbeitsplatzbesitzern, nunmehr durchaus auch ein Gebot sowohl der Teilhabe- wie der Verteilungsgerechtigkeit sein. Es ist die sozialdemokratische Partei und sehr viel weniger die Interessenvertretung der Arbeitenden, die in öffentlich-moralischer und wahlpolitischer Hinsicht unter diesem Imperativ steht. Das muss von Fall zu Fall zu spürbaren Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften führen, auch wenn die grundlegenden beschäftigungspolitischen, arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Zielsetzungen beider sich weiterhin erheblich überlappen. Diese zentrifugale Tendenz wird sich künftig kaum verringern.

Im sozialdemokratischen Wahlslogan von der Neuen Mitte steckte weit mehr Substanz und Brisanz als bisher, selbst von seinen Urhebern, wahrgenommen und angenommen worden ist. Partei der Neuen Mitte ist die Sozialdemokratie an der Wende zum neuen Jahrhundert ja in einem bestimmten *soziologischen* Sinne unvermeidlich. Die von den sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten als neue *soziale* Mitte bezeichneten Milieus der

„neuen Arbeitnehmer“ und des „neuen Bürgertums“ bestehen im Wesentlichen aus beruflich hoch qualifizierten Angehörigen der Kultur-, Sozial- und Computerbranche sowie aus den neuen Unternehmern, die insbesondere in den EDV- und Beratungsbereichen im kleinen Maßstab selbstständig tätig sind. Sie repräsentieren zusammengenommen zwar nur ein rundes Viertel der gegenwärtigen Wählerschaft, sind aber im Kern dynamisch und wachsen auf Grund des Gesellschaftswandels weiterhin deutlich an. Zudem überragen sie schon heute rein zahlenmäßig bei weitem das traditionelle Arbeitermilieu der gewerkschaftlich orientierten Arbeiter, das in der Bundesrepublik kaum noch auf 6 Prozent kommt. Dennoch besteht für die Sozialdemokratie nur Hoffnung auf wahlarithmetische Regierungsfähigkeit, wenn sie unter anderem Mehrheiten in diesen dieser drei sozialen Milieus gewinnt.

Erst wenn zu diesem virtuellen Bündnis, das zudem von Fall zu Fall auf dem Wege erfolgreicher Kommunikation immer erst neu zu schmieden ist, noch beträchtliche Teile der linksliberal gesinnten freien Berufe (technokratisch-liberales Milieu) und des noch immer zahlenstarken Kleinbürgertums hinzugewonnen werden können, rückt die Sozialdemokratie in Reichweite der Regierungsfähigkeit. Die Milieus der Neuen Mitte sind für sozialdemokratische Politik gleichzeitig im wert- und interessenpolitischen Sinne höchst interessant und für den Wahlerfolg unerlässlich. Sie sind nämlich von der Größenordnung her mittlerweile gewichtiger als die traditionelle sozialdemokratische Kernwählerschaft und darum notwendigerweise eine strategische Zielgruppe der sozialdemokratischen Wahlpolitik. Sie sind gleichzeitig in Schlüsselpositionen der sich herausbildenden Wissensgesellschaft sowohl im Hinblick auf die Rolle wie auch auf die Zukunftsfähigkeit ihrer Berufspositionen für den Prozess der wirtschaftlichen und technischen Innovation. Entscheidend aber ist, dass sie in ihren politischen Orientierungen durchaus eine Fülle von Anknüpfungschancen für eine grundwerteorientierte sozialdemokratische Reformpolitik bieten.

Die Mitglieder der hochgradig individualisierten Milieus sind durch Einstellungen und Orientierungen charakterisiert, die sie als Adressaten sozialdemokratischer Reformpolitik besonders interessant erscheinen lassen. Sie sind am wirtschaftlich-technischen Fortschritt interessiert, aber zugleich auch an einer sozialen Integration, die eine faire und stabile Gesellschaft gewährleistet. Sie sind tolerant und offen und darum Stützen einer Integrationspolitik multikultureller Gesellschaften. Sie sind politisch interessiert und in der Regel auch informiert, aber parteipolitisch nicht gebunden. Insgesamt lassen sie sich auch als Individualisten mit einem mobilisierbaren Solidaritätspotenzial beschreiben. Die Anknüpfungspunkte für sozialdemokratische Politik bestehen demnach trotz der allzu handlichen Parole tatsächlich in der politisch plausiblen Austarierung von wirtschaftlich-technologischem Fortschritt und mit ihm verbundenem Leistungsdenken auf der einen Seite und einem modernen, auf differenzierte soziale Integration abzielenden Gerechtigkeitsdenken auf der anderen Seite.

Obgleich sich auch die Gewerkschaften seit langem um eine Erweiterung ihrer sozialen Milieubasis bemühen, ist der Spagat, den die Sozialdemokratie im existenziellen Interesse ihrer Mehrheitsfähigkeit vollbringen muss, um die für sie wichtigsten Milieus zu erreichen, doch wesentlich weiter als derjenige, der den Gewerkschaften in der individualisierten Wissensgesellschaft zum Zwecke der Modernisierung ihrer Mitgliedschaft abverlangt wird. Die Gewerkschaften werden mithin zu einem Teil der von der Sozialdemokratie adressierten Milieus und können nicht länger der ausschließliche Brückenkopf der SPD in der Arbeitswelt sein. Die politisch-programmatische Integrations-Perspektive der modernen Sozialdemokratie muss daher in ungewohntem Maßstab weiter sein als es die Gewerkschaften in der Regel wünschen können. Sie bleiben nicht nur ein wichtiger, sondern in gewissem

Sinne auch der bevorzugte Ansprechpartner der Partei in der Arbeitswelt, müssen sich aber künftig mehr denn je die Relativierung ihrer Interessenpositionen und von Fall zu Fall auch deren Zurückweisung gefallen lassen. Da sie natürlich zurecht auch unter den veränderten Umständen für die von ihnen selbst definierten Interessen nach Kräften kämpfen, wird die Distanz zwischen Partei und Gewerkschaften deutlicher und auch deutlicher wahrnehmbar.

Während in der glorreichen Zeit der Tradition eine gemeinsame Utopie und die Identität der sozial-ökonomischen Unterstützungsmilieus das besondere Bündnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften fast automatisch immer schon gesichert hatten, muss in der individualisierten Mediengesellschaft das alles und noch viel mehr durch mühsame und stets prekäre Kommunikationsanstrengungen immer erst erstrebt werden. Sowohl die Beziehungen zu den sozialen und politischen Zielgruppen wie auch die Beziehungen innerhalb der Organisationen und zwischen Spitzen und Mitgliedschaften werden heute sehr weitgehend über die Kommunikation der Massenmedien hergestellt und aufrecht erhalten. Die Massenmedien folgen unbeirrbar ihren eigenen Gesetzen der konflikt- und personenfixierten Auswahl des Berichtswerten und seiner spektakulären Darstellung. Langfristig angelegte Programmdebatten, sich in Ruhe entfaltende gründliche Diskurse, komplexe politische Wechselbeziehungen, differenzierte Formen der Kooperation, über den Tag und die Tagesinteressen hinaus weisende Reformperspektiven haben auf den Medienbühnen einen schweren Stand. Die Politik der übertriebenen, hochgradig personalisierten, tagesfixierten politischen Kommunikationsbotschaften, die der Inszenierungsdruck der Mediendemokratie vor allem auf die politischen Akteure erzeugt, die ja am Ende von der Zustimmung der Öffentlichkeit leben, bringt eine medienbedingte Hektik in das Verhältnis der Spitzenakteure von Partei und Gewerkschaften, die auch durch das ruhigere Verhältnis der Mitgliedschaften beider Organisationen kaum noch ausgeglichen werden kann, da beide unter den Bedingungen der Mediendemokratie an Einfluss auf die Politikformulierung verlieren .

Neue Risiken und neue Chancen

Die Risiken, die sich für die Zukunft dieser ehrwürdigen Partnerschaft unter den veränderten Bedingungen ergeben, liegen demnach auf der Hand. Sie würden zunehmen, wenn nicht auf beiden Seiten ein Bewusstsein der objektiven Gründe für den Wandel wächst, das zu einer realistischen Adjustierung der Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaften führt. Dem steht im Prinzip nichts entgegen. Ohnehin befinden sich beide Organisationen in einer in ihrem Ausgang noch offenen Phase des Wandels ihrer Programmatik, ihres Selbstverständnisses und ihrer Organisationsarbeit. Während sich die Gewerkschaften nur mühsam auf die Bedingungen einer individualisierten Gesellschaft und einer neuen Wirtschaft einstellen, hat in der SPD eine neue Programmdebatte unter der vorläufigen Orientierungsmarke „Dritter Weg/Neue Mitte“ begonnen und ebenso ein stillschweigendes Ringen um die Rolle der Mitgliederpartei in der Mediendemokratie.

Was immer die Ergebnisse dieser Prozesse im Einzelnen auch sein mögen, sie werden unter anderem den endgültigen Verlust der gemeinsamen Utopie besiegeln und, trotz Spielraum für politische Visionen, einen neuen Realismus bekräftigen. In ihm ist Platz für eine vertrauensvolles Arbeitsverhältnis und auch für eine soziale Wertegemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, solange diese von beiden Seiten nicht als Gefolgschaftsverhältnis missverstanden wird. Im Maße wie den Gewerkschaften programmatisch und

organisatorisch der Anschluss an die Handlungsbedingungen der individualisierten Gesellschaft gelingt, wird ein neues Bündnis zwischen ihnen und einer erneuerten Sozialdemokratie, wenn auch ernüchtert und zu ermäßigten Bedingungen, produktiv und verlässlich. Aber eben nicht mehr im Sinne der verschworenen Gemeinschaft, sondern als ein von Projekt zu Projekt neu zu erarbeitendes Bündnis.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Mediendemokratie eröffnen nun aber zusätzlich eine gewichtige neue Chance für Gewerkschaften und Sozialdemokratie und ihr Verhältnis zueinander. Es zeichnet sich nämlich ab, dass gerade in den an Zahl und Bedeutung wachsenden Milieus der neuen Mitte die bildfixierte, augenblicksorientierte und von oberflächlichen Wirkungskalkülen beherrschte Kommunikation der Massenmedien auf die Dauer auf wenig Gegenliebe stößt. Sie sind eher an Konzepten, Argumenten und dialogischen Formen der Kommunikation orientiert. Das verweist zum einen auf eine zunehmende Rolle zivilgesellschaftlicher Formen der politischen Verständigung. Es weist aber auch den großen Diskursgemeinschaften der Gewerkschaften und der Mitgliederpartei eine neue Chance zu. Beide können, jedenfalls zu einem guten Teil, durch ihre Verwurzelung in der Arbeits- und Lebenswelt der Gesellschaft einen Teil des zivilgesellschaftlichen Diskurses organisieren und öffentlich wirksam machen. Das bedarf allerdings einer deutlichen Modernisierung der praktizierten Formen der innerverbandlichen Kommunikation und der Öffnung nach außen, in Gesellschaft und neue Arbeitswelt hinein. In dem Maße, wie beide Organisationen diese neue Herausforderung bewältigen, kann von unten die Basis der Zusammenarbeit auch wieder verbreitert und stabilisiert werden.